

**Aus dem Bundestagsprotokoll der Sitzung vom 19.05.2021**

**Redebeiträge von Sevim Dağdelen (Linke) und Kristina Nordt (CDU)**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf: Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE 80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion – Für eine Politik der Entspannung gegenüber Russland und eine neue Ära der Abrüstung Drucksache 19/29437 Überweisungsvorschlag: Auswärtiger Ausschuss (f) Ausschuss für Wirtschaft und Energie Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen. Viel Wechsel haben wir nicht. Deshalb darf und kann ich die Aussprache eröffnen. Als erste Rednerin hat die Kollegin Sevim Dağdelen, Fraktion Die Linke, das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Die deutsch-russischen Beziehungen sind an einem Tiefpunkt angelangt. Das ist fatal, und damit dürfen wir uns einfach nicht abfinden.** (Beifall bei der LINKEN)

Dieser Tiefpunkt der deutsch-russischen Beziehungen ist insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und zweier Weltkriege im letzten Jahrhundert, die beide von Deutschland ausgingen, besonders beschämend. In wenigen Wochen jährt sich der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Erinnern wir uns: In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 startete Nazideutschland mit dem Unternehmen „Barbarossa“ den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Sowjetunion. In einem Blitzkrieg sollte die deutsche Wehrmacht das sowjetische Territorium bis zum Ural erobern und auf Dauer besetzen. Der Feldzug wurde vom ersten Tag an auch mit Mitteln barbarischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung geführt. **Eines der größten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht während des Krieges war die Blockade der Metropole Leningrad vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944.** In den Jahren der Hungerblockade starben dort Schätzungen zufolge über 1 Million Menschen.

Die deutsche Kriegsplanung sah auch aus „rassenideologischen“ Gründen für die Sowjetunion ausdrücklich vor, **dass die Bevölkerung um 30 bis 50 Millionen Menschen – Zitat – „reduziert“ werden sollte.** Mit dem Überfall auf die Sowjetunion gingen die Nazis zur systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden in Europa über. **Insgesamt wurden infolge von Krieg und deutscher Besatzung 27 Millionen**

**Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion getötet. 30 Prozent des von deutschen Soldaten okkupierten Territoriums waren nach der Befreiung durch die Einheiten der Roten Armee zunächst unbewohnbar. Zerstört wurden 1 710 Städte, 70 000 Dörfer, 32 000 Fabriken, 2 766 Kirchen und Klöster, 4 000 Bibliotheken und 427 Museen. Wir jedenfalls verneigen uns in Demut vor den Opfern und ihren Angehörigen.**

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sollten diesen Jahrestag zum Anlass nehmen, um wie mit Frankreich eine Aussöhnung auch mit Russland auf den Weg zu bringen und einen Freundschaftsvertrag mit Russland zu vereinbaren. Die Bundesregierung und auch der Bundestag haben hierfür eine historische Verantwortung. Es wäre vermessen und unangebracht, dieser Verantwortung mit dem Argument tagespolitischer Differenzen auszuweichen. So hat die Bundesregierung 1963 nicht gegenüber General Charles de Gaulle im Falle Frankreichs argumentiert, und so sollte die Bundesregierung heute auch nicht im Falle Russland argumentieren.

(Beifall bei der LINKEN)

In Deutschland gibt es in Teilen Anfeindungen und Hass gegenüber Russland und gegenüber seiner Bevölkerung. Dies muss schon im Interesse der Sicherung des Friedens überwunden werden. Am 9. November 1990 wurde der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR unterzeichnet, den der Deutsche Bundestag am 25. April 1991 ratifiziert hat. Rechtsnachfolger der Sowjetunion ist die Russische Föderation. Dieser Vertrag sollte und müsste jetzt wiederbelebt werden. Das Ziel muss Freundschaft sein, Freundschaft mit Russland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke will, dass dieser 80. Jahrestag nun zum Anlass genommen wird, Verhandlungen über einen deutsch-russischen Vertrag mit dem Ziel aufzunehmen, Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen. Ich hoffe, dass die anderen Fraktionen und die Bundesregierung sich diesem Ansinnen nicht komplett verweigern. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:** Danke schön. – Das Wort geht an Kristina Nordt von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Kristina Nordt (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen, am 8. Mai, hatte ich die Gelegenheit, am sowjetischen Ehrenmal in Suhl eine Ansprache zum Tag der Befreiung zu halten. Es ist wichtig, dass wir, die junge Generation und die nachfolgenden Generationen, das Gedenken an die Männer und Frauen aus der Roten Armee wachhalten, die ihr Leben zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs ließen.

Kein Land der Welt hat einen so hohen Preis bezahlt wie die Sowjetunion. Offizielle Angaben gehen von bis zu 27 Millionen sowjetischen Opfern aus. Es waren Männer und Frauen aus der gesamten Sowjetunion. Deshalb müssen wir uns daran erinnern, dass russische, ukrainische, weißrussische, usbekische, baltische, kasachische, georgische, armenische, aserbaidjanische, kirgisische und turkmenische Soldaten der Roten Armee gemeinsam mit den Westalliierten Deutschland von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit haben. Allerdings lesen wir davon im Antrag der Linken wenig. Der Antrag nimmt den Jahrestag als bloßes Vehikel, um daraus einen Strauß altbekannter Forderungen abzuleiten: Abschaffung des 2-Prozent-Ziels der NATO, atomwaffenfreies Deutschland, Abschaffung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland etc. Außerdem findet sich in jeder Forderung nur die Erwähnung Russlands, was angesichts des Leids, das Ukrainer, Balten, Zentralasiaten, Weißrussen und die Völker des Kaukasus erfahren haben, deutlich zu kurz greift. Das muss man dem Antrag der Linken vorwerfen. In dem Antrag dann auch noch von Hass gegenüber Russland und seiner Bevölkerung zu schreiben, ist schließlich blanker Unsinn. Es gibt berechtigte Gründe, die russische Führung zu kritisieren. Ich selbst kenne aber niemanden, der das russische Volk hasst, wie es im Antrag behauptet wird. (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Man nennt so was anekdotische Evidenz!)

Am 8. Mai in Suhl und Erfurt habe ich viel, sehr viel Verbundenheit gespürt. Wenn es eine Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg gibt, dann folgende: Kein Land in Europa sollte mehr befürchten müssen, dass seine Grenzen durch militärische Aktionen verschoben werden können. Die territoriale Integrität von Staaten ist eine der Hauptstützen des Völkerrechts,

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]:

Sagen Sie das vielleicht mal Richtung Brüssel!)

die gerade in Europa zu einer langen Friedensepoche nach 1945 geführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine führt uns vor Augen: Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung sind keine Selbstverständlichkeiten. Die Welt, wie wir sie uns wünschen, ist nicht so stabil wie erhofft. Wir erleben Rückschritte in den Beziehungen, die über Jahre aufgebautes Vertrauen innerhalb kürzester Zeit zerstört haben. Kein Wort ist davon im Antrag der Linken zu lesen. Deshalb werden wir den Antrag aus guten Gründen ablehnen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:** Vielen Dank, liebe Kollegin Nordt. Das war nicht nur zeitlich eine Punktlandung, sondern es war auch Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Das Präsidium gratuliert Ihnen ganz herzlich dazu und wünscht Ihnen viel Erfolg bei Ihrer weiteren politischen Arbeit. (Beifall) Ich beende damit die Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/29437 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.